



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

03. hét

2019.01.14.

## ZUSAMMENFASSUNG

- **Wirtschaftliches Prosperieren** – Nach dem aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten herausragenden Jahr 2018 will die Regierung ihre Ambitionen auch 2019 nicht zurückschrauben, wonach das Wachstum auf lange Sicht um 4 Prozent zu stabilisieren ist. Um dies sicherzustellen, plant der Ministerpräsident einerseits personelle Stabilität, andererseits Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit.
- **Im internationalen Gegenwind** – Bis zu den Europawahlen im Mai ist von Seiten der einwanderungsfreundlichen politischen Kräfte innerhalb der Europäischen Union mit einer systematisch verstärkten Druckausübung und Widerstand gegenüber Ungarn zu rechnen. Die aus politischer und ideologischer Überzeugung oder aber wegen der Sorgen um die eigenen Positionen geführten Angriffe füllen von Zeit zu Zeit die Schlagzeilen der internationalen Medien als Aktionen, mit denen eine Diffamierung der Regierung Ungarns angestrebt wird.
- **Vorweggenommene Lagebewertung** – In Modifizierung des gewohnten Protokolls hielt Ministerpräsident Viktor Orbán die 127. Regierungspressekonferenz ab. Dabei war eine Art vorweggenommene Bewertung der Lage der Nation und eine auf das vor uns liegende Jahr einstimmende Rede zu vernehmen, in deren Anschluss in gewohnter Weise sämtliche Journalisten, darunter im gegebenen Fall selbst regierungskritische Medienmitarbeiter, ihre Fragen an den Regierungschef richten konnten.
- **Ein Lager, mehrere Fahnen?** – Eine umfassende Zusammenarbeit aller Oppositionsparteien ist seit 2010 eine der meistbehandelten Fragen im Kreis des betreffenden politischen Lagers und seiner Wähler. Die Pro- und Kontra-Argumente bezüglich eines Zusammenschlusses führen häufig zu einem sich gegenseitig auslöschenden Effekt, wobei die Angst, politisch aufgerieben zu werden, eine enorme Bremskraft entfalten kann. Sofern die drohenden Stimmverluste mehr als 25 Prozent erreichen würden, könnte dies im Oppositionslager bereits zum Verlust von Mandaten führen.

## WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DAS JAHR 2018 WAR AUS DEM GESICHTSPUNKT DER UNGARISCHEN WIRTSCHAFT HERAUSRAGEND

Ministerpräsident Viktor Orbán bewertete auf dem zum 127. Mal abgehaltenen Informationsforum zur Präsentation und Erläuterung von Entscheidungen der Regierung (Regierungspressekonferenz) gestützt auf einen Bericht des Finanzministers die im Jahre 2018 erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse. Die wichtigsten makroökonomischen Zahlen gestalteten sich günstig, die Zielstellung lautet auch in Zukunft, das Wachstum über 4 Prozent zu halten.

Das BIP wuchs den vorläufigen Angaben zufolge 2018 gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 4,6 Prozent – eine solche Wachstumsdynamik wurde letztmalig sowie im Zeitraum seit 1990 einzig und allein zur Zeit der ersten Orbán-Regierung erreicht. Hinter dem Wachstum stehen zahlreiche Stimuli: Der Boom im Dienstleistungssektor sowie in Industrie und Handel wirkte sich gleichermaßen positiv auf diese Entwicklung aus. Abgesehen von der Wachstumsdimension nahm auch die Effizienz bei der Verwendung der Ressourcen zu: Die den neuen europäischen Standards entsprechende Staatsschuldenrate erreicht gerade mal noch 71 Prozent am BIP – zum Zeitpunkt des Regierungswechsels 2010 waren es noch 79,9 Prozent am BIP –, während zur gleichen Zeit auch das Haushaltsdefizit bei 2 Prozent gehalten werden kann. Dass die Wirtschaft dermaßen prosperiert, würdige nach Ansicht des Ministerpräsidenten die Arbeit seines Stellvertreters, von Finanzminister Mihály Varga, sowie des Notenbankpräsidenten György Matolcsy – dessen Mandat in Kürze ausläuft, den der Regierungschef aber sehr wahrscheinlich erneut nominieren wird.

An der günstigen Entwicklung der Wirtschaftsindikatoren hatten ein zurückhaltender Anstieg bei den Ausgaben sowie der Verzicht auf künstliche Mehraufwendungen, wie diese für Wahljahre charakteristisch sind, entscheidenden Anteil. Bei der Planung des Staatshaushalts 2019 kalkulierte die Regierung auch eine unglückliche Wendung in den Prozessen an den internationalen Geldmärkten ein, worauf Viktor Orbán bereits früher in einem Interview verwies:

„... es zeichnen sich Krisenmerkmale am Himmel ab. An den internationalen Geldmärkten steigen die Zinsen, ein Handelskrieg zwischen Amerika und Europa droht, und die Staatsschulden sind in nicht wenigen europäischen Ländern noch höher, als zur Zeit der letzten großen Finanzkrise.“

Ausgehend von den Informationen der Regierungspressekonferenz dürfte die Regierung bereits im Februar die Umsetzung eines neuen Maßnahmenplans zwecks zusätzlicher Ankurbelung der Wettbewerbsfähigkeit beschließen: Ab 1. Juli sinkt das Niveau der Sozialabgaben, und auf der Grundlage der Antworten auf die Fragen der kürzlich abgeschlossenen Nationalen Konsultation – die immerhin die dritthöchste Beteiligung in der Geschichte solcher Befragungen erreichte – wird über die Einführung neuer Instrumente und Stimuli der Familienförderung entschieden.

## WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### AUS ANGST UM POSITIONEN UND WEGEN DES EUROPAWAHLKAMPFES WIRD UNGARN KRITISIERT

In der vergangenen Woche demonstrierte Judith Sargentini gemeinsam mit mehreren Europaabgeordneten aus Ungarn in Brüssel, um das früher eingeleitete Verfahren nach Artikel 7 und dessen Ablaufplan zu beschleunigen. Die Zielstellung ist nicht weniger, als den einwanderungs- und quotenkritischen Standpunkt der ungarischen Regierung in den meisten Ländern zu diskreditieren, um auf diese Weise die durch die abdankenden liberalen Spitzenpolitiker auf den Weg gebrachten migrationsfreundlichen Vorschläge zu stärken. Die Zahl der direkten und indirekten Attacken wird wegen des Europawahlkampfes weiter zunehmen.

Unter dem Motto „Stopp Orbán“ veranstaltete eine Organisation namens „Radikale Europäische Demokraten“ (RED) am vergangenen Dienstag in Brüssel eine Demonstration. An dieser nahmen sechs ungarische Oppositionspolitiker und die Europaabgeordnete der holländischen Grünen teil. Ideengeber der Aktion war der MSZP-Abgeordnete István Ujhelyi, doch auch Benedek Jávor (Párbeszéd), Csaba Molnár (DK), Balázs Németh (Momentum-Bewegung) und János Kenderney (LMP) ergriffen das Wort. Selbst großzügig geschätzt nahmen nur 100 Personen an der Demonstration teil, deren wichtigste Botschaft lautete, dass sich die Lage des ungarischen Rechtsstaates wegen des Wirkens der Regierung und des Fidesz verschlechtere. Am auf die Demonstration folgenden Tag erklärte der finnische Vizepräsident der Europäischen Kommission für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – und ehemalige Ministerpräsident seines Landes –, Jyrki Katainen, mit Blick auf die Herausforderungen des Jahres 2019, gegenüber Polen und Ungarn seien Verfahren

eingeleitet worden (womit er auf die Anwendung von Artikel 7 hindeutete), in deren Ergebnis schon kurzfristig ein Einfrieren der EU-Fördermittel in Aussicht gestellt werden sollte. Diese Idee wurde bereits im vergangenen Jahr wiederholt aufgeworfen, um die Länder der Visegrád-Gruppe (V4) mit Hilfe dieses Instruments zu spalten und damit ihre Positionen und ihre Lobbykraft zu schwächen.

Die ungarische Strategie und die Antwort des Landes auf die Spaltungsversuche der für die Einwanderung eintretenden Kräfte besteht in der Suche nach Verbündeten. Dabei sieht Viktor Orbán nicht nur in der Zusammenarbeit auf V4-Ebene politisches Potenzial, vielmehr hält er es für möglich, die Führer und Politiker jener Länder zusammenzuführen, die den Migrationspakt der UNO ablehnen und die Verhinderung der illegalen Einwanderung zu ihren Prioritäten zählen. In diesem Sinne begrüßte er die in der vergangenen Woche aufgeworfene Idee einer Achse Rom-Warschau: Nach der Begegnung des italienischen Innenministers Matteo Salvini mit drei führenden polnischen Politikern – mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Innenminister Joachim Brudziński und mit Jarosław Kaczyński – sieht Orbán die Chance für die Einrichtung einer neuen Parteienfamilie rechts von der EVP, die sich nach dem Mai 2019 als Koalitionspartner der Volkspartei im Europaparlament anbieten könnte, damit diese in heiklen Angelegenheiten nicht länger darauf angewiesen wäre, in Zusammenarbeit mit den sozialistischen Fraktionen faule Kompromisse einzugehen.

## WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DER UNGARISCHE MINISTERPRÄSIDENT HIELT EINE REGIERUNGSPRESSEKONFERENZ ZUM JAHRESAUFTAKT AB

Abweichend von der gewohnten Choreographie moderierte Viktor Orbán jenes Forum, auf dem Entscheidungen der Regierung und sonstige Informationen von öffentlichem Interesse vorgestellt werden. Dabei war eine Art vorweggenommene Lagebewertung und eine auf das Jahr einstimmende Rede zu vernehmen. Im Anschluss daran konnten sämtliche anwesenden Journalisten, darunter im gegebenen Fall auch regierungskritische Medien, ihre Fragen an den Ministerpräsidenten richten.

Die Thematik der ersten Regierungspressekonferenz dieses Jahres gab dem Ministerpräsidenten Anlass, eine vorweggenommene Bewertung der politischen Geschehnisse des Jahres 2018 vorzunehmen. Regierungschef Viktor Orbán schlug abgesehen vom Einstehen für die ehrgeizigen Ziele, die er in seiner Rede zum Amtsantritt nach dem neuerlichen Sieg der Regierungsparteien mit

Zweidrittelmehrheit bei den Parlamentswahlen vom April verkündet hatte, mit dem einmal mehr erbrachten Beleg seiner Qualitäten als abgeklärter, sachverständiger und professioneller Politiker einen weiteren Nagel in den Sarg der Opposition. Die Wähler stehen nämlich ganz genau hinter diesem Politik- und Führungsstil: Aus einer repräsentativen Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts nach dem durch die Opposition vorgetragenen Affront im Parlament, den viele als unangemessen betrachteten, ging hervor, dass zwei Drittel der ungarischen Wähler die Anwendung von Instrumentarien der Skandalpolitik ablehnen. Die wichtigsten Themen der Regierungspressekonferenz waren:

- eine der wichtigsten Zielstellungen in der ungarischen Wirtschaftspolitik muss auch weiterhin lauten, ein Wachstum um vier Prozent zu erreichen,
- ausgehend von den Ergebnissen der die dritthöchste Beteiligung bringenden Nationalen Konsultation wird im Februar ein weiteres Maßnahmenpaket der Regierung bezüglich Techniken zur Förderung der Familien behandelt,
- bei den Europawahlen verfolgt der Regierungschef zwei Zielstellungen: zum einen sollen die einwanderungsfreundlichen Kräfte in keiner EU-Institution die Mehrheit erlangen, zum anderen sollen Fidesz-KDNP zur stärksten Kraft in der Europäischen Volkspartei aufsteigen.

Des Weiteren verkündete Orbán, dass die Regierungsparteien im Sinne der bereits vorgestellten Liste von Fidesz-KDNP für die Europawahlen Spitzenkandidat László Trócsányi für ein Amt des EU-Kommissars nominieren werden. Diese Ankündigung verfolgt gleich zwei Ziele: Zum einen möchte der Regierungschef auf diese Weise das bislang im Falle der Kommissare gegebene Demokratiedefizit reduzieren – denn im Zuge dieser Entscheidung können die Bürger ihre Stimmen in den Wahlurnen Ende Mai bereits in Kenntnis der Kandidatur abgeben –, zum anderen möchte er damit Berechenbarkeit an den Tag legen. Das bedeutet letztlich aber auch, dass es in diesem Jahr zu einer winzigen personellen Veränderung kommen wird, welche die Regierungsstrukturen als solche nicht berührt, nachdem der Justizminister für das Amt eines EU-Kommissars nominiert wird.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### DAS GEMEINSAME ANTRETEN DER OPPOSITION REFLEKTIERT ERNSTZUNEHMENDE STRATEGISCHE DILEMMAS

Unter den politischen Debatten der vergangenen Wochen im Oppositionslager lautet zweifelsohne die spannendste Frage, ob es richtig ist, eine Strategie des Aufstellens gemeinsamer Kandidaten und des Antretens mit gemeinsamen Listen zu verfolgen. Das an der Oberfläche präsentierte Einverständnis der Parteien ist nur Schein, denn schon der Einwurf von Seiten des Vorsitzenden der sozialistischen Partei, wonach die Opposition bereits bei den Europawahlen mit einer gemeinsamen Liste antreten sollte, spaltete die Akteure der Opposition. Zum einen deshalb, weil ungeachtet des Annäherungsprozesses zwischen den Akteuren des linksliberalen Lagers und der Jobbik – letztere Partei war nach 2006 gerade gegen dieses Lager antretend gegründet worden – bislang eine umfassende Zusammenarbeit wegen der Sorge um Glaubwürdigkeitsverluste nie zustande gekommen war. Zum anderen können die Wähler diese politischen Wandlungen nicht in jedem Fall nachvollziehen und positiv bewerten. Infolgedessen stellt es eine ernstzunehmende Gefahr dar, aufgegeben zu werden: Die Sympathiewerte der einzelnen Parteien einfach addierend könnte man zu der falschen Schlussfolgerung gelangen, sich den Sympathiewerten von Fidesz-KDNP anzunähern, während das Endergebnis dieses „1+1“ in solchen Fällen weniger als „zwei“ lauten könnte. In dem Fall, wenn die Stimmverluste – wegen dieses Effekts von Einbußen – mehr als 25 Prozent erreichen, droht bereits der Verlust von Mandaten.

Die Idee eines Zusammenschlusses erweist sich nichtsdestotrotz als eine dermaßen gewichtige Angelegenheit, weil es keine Oppositionskraft gibt, die gewissermaßen als eine Art Gravitationszentrum die im betreffenden Lager vor sich gehenden politischen Prozesse dominieren könnte, zumal die Stärkung des Mehrheitselements durch das ungarische Wahlsystem die Opposition von vornherein in diese Richtung drängt. Seit dem letzten Eingriff nämlich wird bereits über 54 Prozent der zur Wahl stehenden Mandate mittels Mehrheit direkt in den Wahlkreisen entschieden, während dieser Anteil früher noch 46 Prozent erreichte. Die Unterschiede im Anhängerlager zwischen den Parteien nehmen ab; die früher bei 20 Prozent stehende Jobbik verlor allein in diesem Jahr 300.000 Wähler und bewegt sich hinsichtlich Basis und Zahl der Sympathisanten kontinuierlich auf die Werte des Linksbündnisses MSZP-P und der DK zu. Daraus aber folgt, dass ihr Potenzial der

Druckausübung auf die anderen Kräfte sinkt und der Zwang zum Zusammenschluss im rein mathematischen Sinne zunimmt.

## PROGNOSE

- **Die im Februar anstehende Rede des Ministerpräsidenten zur Lage der Nation wird den offiziellen Auftakt zum Wahlkampf für die Europawahlen im Mai bilden.** Voraussichtlich Anfang Februar, unmittelbar vor dem Beginn der Frühjahrssitzungsperiode des Parlaments, kommt es zur üblichen Klausurtagung von Fidesz-KDNP hinter verschlossenen Türen. Auf dieser Tagung wird Ministerpräsident Viktor Orbán zunächst im engeren Kreis eine vertrauliche Rede und anschließend eine Rede für die breite Öffentlichkeit halten, in deren Mittelpunkt sowohl die Wahlen zum Europaparlament als auch die Kommunalwahlen stehen werden. Die Rede des Ministerpräsidenten zur Lage der Nation, deren Tradition Viktor Orbán in Ungarn noch im Jahre 1999 begründete, folgt im Anschluss daran.